

Ressort: Auto/Motor

Streit in der Bundesregierung über Fahrverbotsurteile

Berlin, 20.11.2018, 07:33 Uhr

GDN - Innerhalb der Bundesregierung ist ein Streit über die Entscheidungen der Gerichte zu den Diesel-Fahrverboten entbrannt. "Was unabhängige Gerichte entscheiden, muss gelten", sagte Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) dem "Handelsblatt".

Das sei die Grundlage unseres Rechtsstaates. "Es ist die Aufgabe der Politik, Entscheidungen zu treffen, die vor unserer Verfassung Bestand haben", so Barley weiter. Widerspruch kam vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Steffen Bilger (CDU), der insbesondere das Urteil zu den neuen Diesel-Fahrverboten für die Autobahn A 40 in Essen scharf kritisierte. "Es ist sicherlich unverhältnismäßig, wenn Fahrverbote für Autobahnen angeordnet werden sollen", sagte Bilger. Viele Menschen wunderten sich zu Recht über solche weltfremden Urteile. Direkt nach dem Urteil hatte Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Entscheidung bereits als "unverhältnismäßig" kritisiert und erklärt, Urteile wie diese gefährdeten die Mobilität Hunderttausender Bürger. Der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, wertet die Dieselurteile als "sichtbaren Beleg für die Entfremdung von der Lebenswirklichkeit". "Die betroffenen Städte sind gut beraten, gegen die jeweiligen Urteile Berufung einzulegen, damit deren Innenstadtbezirke nicht von der Versorgung abgekoppelt werden", so Steiger. Der Richterbund verwahrte sich gegen Kritik an der Justiz. "Es liegt völlig neben der Sache, Gerichte dafür zu kritisieren, dass sie geltendes Recht anwenden", sagte der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes (DRB), Sven Rebehn, dem "Handelsblatt". In einem Rechtsstaat seien nicht die Rechtsauffassung eines Ministers oder das vermeintliche Rechtsempfinden einer Mehrheit maßgeblich. Damit würde Recht durch Willkür ersetzt. Wenn die Exekutive sich über Entscheidungen der Justiz hinwegsetze oder sie fortlaufend in Frage stelle, untergrabe das die Autorität der Rechtsprechung. "Das bringt den Rechtsstaat aus dem Gleichgewicht", so Rebehn.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-115616/streit-in-der-bundesregierung-ueber-fahrverbotsurteile.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619